

**Bezirksregierung Köln**

**Regionalrat des  
Regierungsbezirks Köln**



4. Sitzungsperiode

**Drucksache Nr. RR 34/2019**

**Sitzungsvorlage  
für die 20. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln  
am 05. April 2019**

**TOP 12                      b) Umsetzung der Empfehlungen der Kommission  
„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

Inhalt:                      Schreiben vom 03.04.2019

**Beschlussvorschlag:**

Der Regionalrat begrüßt das vorliegende Schreiben und schließt sich der Intention des Schreibens an, die unveränderte Umsetzung des s.g. Kohlekompromisses einzufordern.

TOP 12 b)	Seite
Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“	2

An  
Bundeskanzleramt  
Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Str. 1  
10557 Berlin

Staatskanzlei des Landes Brandenburg  
Herrn Ministerpräsident Dietmar Woidke  
Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen  
Herrn Ministerpräsident Armin Laschet  
Horionplatz 1  
40213 Düsseldorf

Sächsische Staatskanzlei  
Herrn Ministerpräsident Michael Kretschmer  
Archivstr. 1  
01097 Dresden

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt  
Herrn Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff  
Hegelstraße 40 - 42  
39104 Magdeburg

Nachrichtlich an:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Herrn Minister Peter Altmaier  
Scharnhorststr. 34 - 37  
10115 Berlin

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit  
Frau Ministerin Svenja Schulze  
Stresemannstraße 128 - 130  
10117 Berlin

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat  
Herrn Minister Horst Seehofer  
Alt-Moabit 140  
10557 Berlin

Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
Herrn Minister Hubertus Heil  
Wilhelmstraße 49  
10117 Berlin

Bundesministerium der Finanzen  
Herrn Minister Olaf Scholz  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

Bundeskanzleramt  
Herrn Minister Helge Braun  
Willy-Brandt-Str. 1  
10557 Berlin

sowie die Mitglieder der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Drucksache Nr. RR 34/2019	
TOP 12 b)	Seite
Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“	3

Seite 2 von 3

03.04.2019

**Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ - Integrität des Berichts muss respektiert werden**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,  
sehr geehrte Herren Ministerpräsidenten,

in etwas mehr als siebenmonatiger intensiver Arbeit ist es der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung gelungen, einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung vorzulegen und gleichzeitig konkrete Perspektiven für neue zukunftssichere Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen aufzuzeigen. Das haben viele Kritiker sowohl inhaltlich als auch angesichts der Kürze der Zeit für unmöglich gehalten.

Getragen von einem breiten gesellschaftlichen Konsens zeigt der Abschlussbericht auf, welchen Weg die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Energieversorgung gehen muss, damit wir die vereinbarten Klimaziele unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit, Preisstabilität und sozialem Frieden in den Revieren einhalten.

In diesem Sinne besteht der Abschlussbericht nicht aus mehreren von einander unabhängigen Teilen, sondern er ist eine unauflösbare Einheit. Nur in seiner Gesamtheit wird er der Tragweite der Entscheidungen aber auch dem Auftrag der Bundesregierung gerecht. Deshalb muss seine Integrität - vor allem angesichts des von der Bundesregierung ausdrücklich gewünschten Prozesses - nun durch ein parlamentarisches Verfahren verbindlich und unrevidierbar bestätigt werden. Ein Aufweichen der Beratungsergebnisse sendet ein verheerendes Signal und stellt den mühsam erreichten Konsens in Frage.

Es darf keine Mittelkürzungen für das Sofortprogramm oder für die langfristigen Strukturhilfen geben, die den erfolgreichen Strukturwandel als Generationenaufgabe gefährden. Wir wollen unsere Zuversicht, die auf dem gefundenen Kompromiss gründet, auch in den kommenden 19 Jahren nutzen, um die Herausforderungen in den Revieren zu meistern. Dafür bedarf es einer Verbindlichkeit und Verlässlichkeit, die der historischen Dimension unserer gemeinsamen Aufgabe gerecht wird.

Der Abschlussbericht stellt einen tragfähigen gesamtgesellschaftlichen Kompromiss dar, der allen Beteiligten große Zugeständnisse abverlangt und der nie das Zielviereck aus Wirtschaftlichkeit, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit außer Acht gelassen hat. Wir haben ein Bündel von effektiven Klimaschutzmaßnahmen vorgelegt, das zwingend mit umfangreichen Initiativen zur Gestaltung des Strukturwandels vorbereitet und begleitet werden muss. Es handelt sich dabei um ein eng miteinander verzahntes Maßnahmenpaket. Die unterzeichnenden Mitglieder der WSB-Kommission weisen mit diesem Schreiben nochmals darauf hin, dass sämtliche Einzelmaßnahmen einander bedingen.

Die Erreichung der Klimaschutzziele ist eigentlicher Zweck der Kommissions-Vorschläge. Unser aller Anspruch ist und war es aber auch immer, durch die Förderung strukturwirksamer Projekte sowie gezielter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen verlässliche Zukunftsperspektiven für die betroffenen Reviere zu schaffen und soziale Verwerfungen im Zuge des Ausstiegs aus der Kohleverstromung abzuwenden. Die vorhandenen hochwertigen Arbeitsplätze dürfen unter keinen Umständen gänzlich verloren gehen, sondern müssen frühzeitig durch andere substituiert werden. Diese Aufgabe haben alle Reviere gleichermaßen zu meistern. Sie dürfen dabei nicht mangels finanzieller Unterstützung des Bundes alleine gelassen werden.

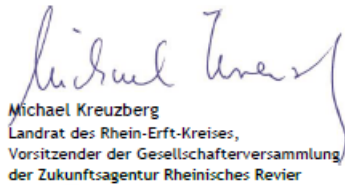
Neben einer verbindlichen und unrevidierbaren gesetzlichen Finanzierungszusage der Strukturfördermaßnahmen ist die Verkürzung von Planungs- und Genehmigungszeiträumen eine weitere wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel. Notwendig sind hierfür einerseits die Anpassung regulatorischer Rahmenbedingungen und andererseits eine angemessene Ausstattung mit zusätzlichen Personalkapazitäten.

TOP 12 b)	Seite
Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“	4

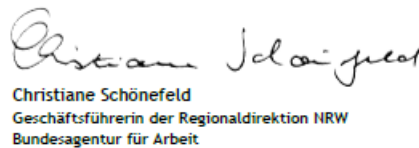
Seite 3 von 3

Die Energiewende und der damit einhergehende Ausstieg aus der Kohleverstromung sind ein Kraftakt, den wir dennoch als Jahrhundertchance begreifen. Weltweit wird dieser Prozess mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Die Bundesrepublik Deutschland kann hier ein Vorbild für viele weitere Nationen sein. Ein Scheitern hätte neben ökonomischen und ökologischen Aspekten eine nachhaltig abschreckende Wirkung zur Folge. Der Druck ist damit hoch. Eine zweite Chance wird es nicht geben.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kreuzberg  
Landrat des Rhein-Erft-Kreises,  
Vorsitzender der Gesellschafterversammlung  
der Zukunftsagentur Rheinisches Revier



Christiane Schönefeld  
Geschäftsführerin der Regionaldirektion NRW  
Bundesagentur für Arbeit



Christine Herntier  
Bürgermeisterin der Stadt Spremberg

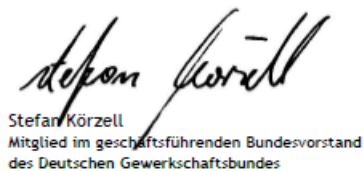


Prof. Dr. Kai Niebert  
Präsident  
Deutscher Naturschutzring



Andreas Scheidt  
Bundesvorstand  
ver.di-Gewerkschaft

gez.  
Michael Vassiliadis  
Vorsitzender IG BCE



Stefan Körzell  
Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Claudia Nemat  
Vorstandsmitglied Technologie & Innovation  
Deutsche Telekom AG